



Wir sorgen für SAUBERE ENERGIE. ZU 100 PROZENT.

# Höchste Zeit für die Energie der Zukunft.

Die Energiewende ist eines der größten Modernisierungsprojekte unserer Gesellschaft. Wenn wir die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad Celsius beschränken und unseren Nachkommen so eine lebenswerte Welt mit einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft hinterlassen wollen, müssen wir bis 2050 vollständig CO<sub>2</sub>-neutral wirtschaften.

Deutschland hat viel geleistet: Dank des EEG haben Erneuerbare Energien heute einen Anteil von rund 33 Prozent am deutschen Strommix. Die Kosten insbesondere von Windkraft und Photovoltaik sind enorm gesunken, und die Stromversorgung ist so zuverlässig wie in kaum einem anderen Land

Damit die Energiewende jedoch nicht auf halbem Wege stockt, gilt es jetzt, Praxisprobleme zu beseitigen und den eingeschlagenen Weg zielstrebig weiterzugehen. Auch unsere Wärmeversorgung, unser Verkehr und die Industrie müssen im nächsten Schritt auf Erneuerbare Energien umgestellt und die einzelnen Sektoren intelligent gekoppelt werden.

Mit den vorliegenden Vorschlägen möchte der Bundesverband Erneuerbare Energie dazu beitragen,

- → unser Klima wirksamer zu schützen.
- → unseren Wirtschaftsstandort zu stärken.
- → dass Energie auch in Zukunft bezahlbar bleibt.

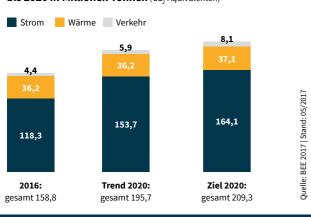
## Ausbau beschleunigen

Wir müssen das Tempo beim Ausbau Erneuerbarer Energien verdreifachen, damit wir 2050 vollständig CO₂-neutral wirtschaften.

Deutschland und die Europäische Union können sich auf internationaler Bühne nicht glaubwürdig mit einem ehrgeizigen Klimaschutz schmücken, wenn zuhause die eigenen Klimaziele verfehlt werden. Damit wir unsere Verpflichtungen durch das Klimaschutzabkommen von Paris erfüllen können, müssen die kurz-, mittel- und langfristigen nationalen und europäischen Klimaschutzziele erhöht, mit wirksamen Maßnahmen ausgestaltet und diese dann konsequent umgesetzt werden.

- → Im Stromsektor benötigen wir 70 TWh mehr Erneuerbare Energie bis 2020.
- → Im Wärmesektor benötigen wir einen Anstieg um 16 TWh Erneuerbare Energie bis 2020.
- → Im Verkehr einen Anstieg um 25 TWh Erneuerbare Energie bis 2020.

## Treibhausgasvermeidung durch Erneuerbare Energien bis 2020 in Millionen Tonnen (CO,-Äquivalenten)



# Kohleausstieg verbindlich festlegen

Deutschland braucht einen verbindlichen Zeitplan für die schrittweise Reduktion fossiler Energieträger.

Deutschland kann nicht gleichzeitig Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Ohne Kurskorrektur wird Deutschland sowohl sein nationales Klimaschutzziel als auch das verpflichtende Ausbauziel Erneuerbarer Energien für 2020 verfehlen. Beim jetzigen Ausbautempo würde der Anteil Erneuerbarer Energien im Jahr 2020 lediglich ca. 16,7% anstatt 18% am gesamten Endenergieverbrauch betragen.

Damit das nationale Klimaschutzziel 2020 überhaupt noch erreicht werden kann, müssen mehrere Herausforderungen bewältigt werden:

- → Das Ausbautempo bei den Erneuerbaren Energien muss deutlich steigen.
- → Der Einstieg in den Kohleausstieg muss zeitnah geschehen.
- → Die Energieeffizienz muss deutlich erhöht werden.

Auch für die Dekarbonisierung im Wärme- und Verkehrssektor bedarf es eines verbindlichen Fahrplans, um sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit zu geben.

## CO<sub>2</sub>-Steuer einführen

Erst eine "Müllgebühr" für schmutzige Energieträger schafft faire Wettbewerbsbedingungen im Strom- und Wärmemarkt.

Weder im Strom- noch im Wärmemarkt gibt es derzeit einen fairen Wettbewerb, da sich die Schäden, die fossile Energieträger an Klima, Umwelt und Gesundheit anrichten, entweder gar nicht oder nur rudimentär in ihrem Preis widerspiegeln.

Der Europäische Emissionshandel kann die durch Paris vorgegebenen Kohlendioxid-Einsparungen nicht erreichen. Der Emissionshandel bildet die tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Kosten nicht einmal im Ansatz ab und versagt damit als Klimaschutzinstrument. Und im Wärmemarkt existiert bislang überhaupt kein Mechanismus, der die versteckten Folgekosten schmutziger fossiler Energieträger berücksichtigt. Erst durch einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Beitrag der fossilen Energieträger wird ein fairer Wettbewerb zwischen sauberen und schmutzigen Energien möglich.

#### Vorschläge des BEE:

→ CO₂-Steuer statt Stromsteuer: Die Stromsteuer sollte weitgehend abgeschafft und durch eine CO₂-Steuer auf fossile Kraftwerks-Brennstoffe ersetzt werden. Wenn CO₂ einen angemessenen Preis bekommt, der den ökologischen Realitäten entspricht, fallen die Differenzkosten zu den Erneuerbaren Energien. Die Ausgaben des EEG-Kontos sowie die EEG-Umlage selbst würden sinken. Ein weiterer Vorteil: Die CO₂-Steuer kann die ökologische Lenkungswirkung entfalten, die einst das Ziel der Stromsteuer war, welche aber dieser Funktion nicht gerecht wird. Vielmehr steht die Stromsteuer mittlerweile dem Umbau des Energiesystems

- im Weg, da sie einen flexiblen Strommarkt und somit die notwendige Verschmelzung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität verhindert. Von der Abschaffung der Stromsteuer würde auch der Mittelstand profitieren.
- → 25 Euro CO₂-Steuer am Wärmemarkt: Für den Wärmesektor schlägt der BEE die Einführung einer CO₂-Steuer in Höhe von 25 EUR/Tonne vor. Um die Steuer sozial gerecht zu gestalten, sollten die Einnahmen aus der CO₂-Steuer Verbrauchern und Unternehmen zugute kommen. Dieses Modell funktioniert in der Schweiz bereits sehr gut und sorgt dafür, dass die Steuer insgesamt für Staat und Wärmekunden aufkommensneutral ist. Aus Sicht des BEE besteht der Vorteil v. a. darin, dass eine solche CO₂-Steuer den Wärmekunden Investitionssicherheit bietet und gleichzeitig technologieneutral und offen für Innovationen ist.
- → Subventionsstopp bei fossilen Energieträgern: Der BEE fordert weiterhin die Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger, wie z.B. die Förderung neuer fossiler Heizungen. Auch dies gehört zu einem fairen Wettbewerb. Klimaschädliches Verhalten darf nicht auch noch staatlich begünstigt werden.

## Bürgerinnen und Bürger entlasten

Die Bürgerinnen und Bürger sollten stärker von der enormen Kostensenkung Erneuerbarer Energien profitieren. Die Finanzierung der Industrieprivilegien über den Bundeshaushalt ist dafür der geeignete Hebel.

Die Erneuerbaren Energien werden immer günstiger. Dieser Kostenvorteil muss auch stärker bei den privaten Stromkunden ankommen. Fallende Börsenstrompreise und höhere Industrieprivilegien haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass die EEG-Umlage für die nicht-privilegierten Stromverbraucher – jene also, die nicht über die Besondere Ausgleichsregelung von der EEG-Umlage befreit sind – gestiegen ist.

Auch für die Sektorenkopplung vom Strom- zum Wärme- und Verkehrssektor ist es notwendig, die Belastung von Strom zu reduzieren.

#### Der BEE schlägt vor:

→ Industrieprivilegien aus Bundesmitteln: Immer weniger stromintensive Unternehmen zahlen die volle EEG-Umlage, weil sie der Gesetzgeber über die Besondere Ausgleichsregelung befreit. Die Privilegierung der stromintensiven Industrie ist jedoch keine Aufgabe der Stromkunden. Der BEE plädiert deshalb dafür, die Industrieprivilegien künftig direkt über den Bundeshaushalt zu finanzieren. Damit könnte das EEG-Konto um rund 5 Milliarden Euro entlastet werden und die EEG-Umlage würde um 1,5 Cent pro Kilowattstunde (netto) sinken.

# Starre fossile Restlast reduzieren

Umregeln statt abregeln: Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energie muss stärker in der Praxis durchgesetzt werden. Dafür ist mehr Flexibilität im Strommarkt nötig.

Realität ist: Erneuerbare-Energie-Anlagen werden abgeregelt, während konventionelle Anlagen selbst bei sehr niedrigen Börsenstrompreisen weiterlaufen und die Netze verstopfen. Das führt neben Abregelungs- auch zu unnötigen Kosten für Netzeingriffe, die dann vom Stromkunden getragen werden. Wie das aktuelle Monitoring der Bundesnetzagentur belegt, produzieren konventionelle Kraftwerke nach wie vor ein Vielfaches der Strommenge, die für einen stabilen Netzbetrieb nötig wäre. Diese Überproduktion blockiert die Einspeisung regenerativer Energien und steht dadurch dem gesetzlich festgeschriebenen Vorrang Erneuerbarer Energien im Weg.

## Der BEE schlägt vor, die starre fossile Restlast zu reduzieren, indem

- → Bundesnetzagentur und Netzbetreiber den gesetzlichen Vorrang der Erneuerbaren Energien in der Praxis durchsetzen.
- → eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt wird (vgl. Punkt 3).
- → der Kohleausstieg voran getrieben wird (vgl. Punkt 2).
- → nur noch flexible Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) gefördert wird.
- → fossile Kraftwerke nicht länger durch vermiedene Netzentgelte und andere Privilegien vor der vollen Marktdynamik geschützt werden.
- → die Märkte für Systemdienstleistungen, die für mehr Netzstabilität sorgen, für Erneuerbare Energien konsequent geöffnet und weiterentwickelt werden.

Aber nicht nur auf der Angebotsseite sollte flexibilisiert werden. Auch auf der Nachfrageseite wirken bestimmte ökonomische Anreize wie die preisunabhängige EEG-Umlage und die Struktur der Netzentgelte in die falsche Richtung, die eine starre Nachfrage belohnen und mehr Anpassungsfähigkeit sogar bestrafen. Daher sollte auch die Nachfrageseite flexibilisiert werden. Dazu zählen die Dynamisierung der EEG-Umlage und der Netzentgelte.

## Sektorenkopplung ermöglichen und Speicher fördern

Sektorenkopplung und Speicher sind anerkannte Schlüsselelemente der Energiewende. Nun gilt es, Fakten zu schaffen.

Ein kostenoptimierter Ausstieg aus den fossilen Energien ist nur mit einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität möglich. Hierzu ist es notwendig, den Stromsektor zu flexibilisieren und im Wärmesektor ökonomische Anreize zur Einsparung von CO<sub>2</sub> einzuführen – v. a. durch die bereits erwähnte CO<sub>2</sub>-Steuer im Strom- und Wärmesektor (vgl. Punkt 2). Für die Elektromobilität als neue Komponente im Energiesystem sollten bei der Kopplung mit dem Stromsektor ebenfalls Anreize zur Systemintegration geschaffen werden.

- → Bessere Rahmenbedingungen für Energiespeicher: Der BEE setzt sich dafür ein, die Hürden für Speicher zu beseitigen. Speicher als Schlüsseltechnologie bei der Energiewende sollten nicht länger als "Letztverbraucher" gelten, da sie sonst unnötig mit Entgelten und Abgaben belastet werden. Grundlage hierfür ist eine eigenständige energiewirtschaftliche Definition für Energiespeicher. Diese fehlt bislang.
- → Sektorenkopplung voranbringen: Die Sektorenkopplung ist in aller Munde und als Leitgedanke politisch unumstritten. Es fehlen jedoch konkrete Maßnahmenvorschläge und ein Fahrplan, der Marktakteuren eine Richtschnur liefert. Der BEE empfiehlt als erste Schritte die Dynamisierung der EEG-Umlage und der Netzentgelte sowie die weitgehende Abschaffung der inflexiblen Stromsteuer.

## Netze und Netzbetrieb auf die Zukunft ausrichten

Wir brauchen für die künftige Energieversorgung nicht nur mehr Netze. Wir brauchen auch eine klügere Nutzung der neuen und vorhandenen Infrastruktur – sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilungsnetz.

Dazu zählen z.B. ein besseres Netzmonitoring, bessere Lastprognosen und eine bessere Auslastung vorhandener Leitungen, um mehr sauberen Strom zu übertragen. Daneben ist
es effizienter, vor Netzengpässen zusätzliche Stromabnehmer
zu aktivieren, als Erneuerbare-Energien-Anlagen abzuregeln.
Völlig ineffizient ist es, wenn konventionelle Anlagen mit
hohen Brennstoffkosten und Klimafolgekosten weiterlaufen,
während Erneuerbare-Energien-Anlagen abgeregelt werden.
Erzeugungs- und Lastspitzen sollten deshalb bereits in
den Netzebenen des Verteilungsnetzes geglättet werden.

Generell müssen die Netzentwicklungspläne und der für ihre Berechnung nötige Szenariorahmen auf die Klimaschutzziele ausgerichtet werden.

Um die Akzeptanz des Netzausbaus zu erhöhen, sollten bei der Netzplanung vermehrt Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden.

# Mobilitätswende verwirklichen

Auch im Verkehr muss sich der Marktanteil Erneuerbarer Energien deutlich erhöhen. Mit der Elektromobilität und Biokraftstoffen stehen zwei Technologiezweige zur Verfügung, die sich hervorragend ergänzen.

Deutschland hat die Chance, in der Mobilität technologisch Vorreiter zu bleiben und gleichzeitig das Klima zu schützen. Hierzu sollte sich Deutschland das Ziel vornehmen, dass bis 2030 sämtliche Neufahrzeuge treibhausgasfrei oder treibhausgasneutral fahren. Elektromobilität, Biokraftstoffe und strombasierte Kraftstoffe machen dies möglich.

#### Der BEE empfiehlt:

- → Mobilitätswende 100% regenerativ: Der Strom für die Elektromobilität muss vollständig aus Erneuerbaren Energien kommen, um sauber zu sein und das Klima zu schützen. Um den steigenden Bedarf für die Elektromobilität zu decken, brauchen wir deutlich mehr Erneuerbare Energie.
- → Ambitionierte Nahziele: Im Mobilitätssektor sind zudem anspruchsvolle Ziele für alle klimafreundlichen Antriebsarten bis zum Jahr 2030 essenziell, da sie die Richtung für die Mobilitätswende vorgeben und sowohl für Automobilals auch für Energiewirtschaft Planungssicherheit schaffen. Der heutige Anteil der Biokraftstoffe der ersten Generation sollte mindestens gehalten werden. Zusätzlich sollten fortschrittliche Kraftstoffe weiter ausgebaut werden. Die Beimischung von Biokraftstoffen ist weiterhin als klimafreundlicher Ersatz fossiler Kraftstoffe sowohl im PKW- als auch im Straßengüter- und Omnibusverkehr unverzichtbar.



**Bundesverband** 

Erneuerbare Energie e.V.

Invalidenstraße 91

10115 Berlin

www.bee-ev.de

#### **Impressum**

Harald Uphoff, Geschäftsführer

Als Dachverband der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland bündelt der BEE die Interessen von 49 Verbänden und Unternehmen mit 30.000 Einzelmitgliedern, darunter mehr als 5.000 Unternehmen. Zu unseren Mitgliedern zählen u. a. der Bundesverband WindEnergie, der Bundesverband Solarwirtschaft, der Fachverband Biogas und der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke. Wir vertreten auf diese Weise 330.000 Arbeitsplätze und mehr als 3 Millionen Kraftwerksbetreiber. Unser Ziel: 100 Prozent Erneuerbare Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr.



Diskutieren Sie mit uns die Energie der Zukunft auf Twitter:

twitter.com/bEEmerkenswert

#### Unsere Mitglieder







































# Die BEE-Vorschläge zur Bundestagswahl auf einen Blick:

- Ausbau beschleunigen: Energiepolitik an den Klimaschutzzielen von Paris ausrichten.
- Verbindlicher Kohleausstieg: klarer Fahrplan für die Reduktion fossiler Energieträger.
- CO<sub>2</sub>-Steuer im Strom- und Wärmesektor einführen: aufkommensneutral faire Wettbewerbsbedingungen schaffen.
- Bürgerinnen und Bürger entlasten: Industrieprivilegien aus dem Bundeshaushalt finanzieren und EEG-Umlage senken.
- 5. **Starre fossile Restlast reduzieren:** Einspeisevorrang für saubere Energie in der Praxis durchsetzen.
- Sektorenkopplung ermöglichen und Speicher fördern: Hindernisse aus dem Weg räumen und ökonomische Anreize schaffen.
- Netze und Netzbetrieb auf die Zukunft ausrichten: Netzmonitoring und Lastprognosen verbessern und damit vorhandene Leitungen klüger nutzen.
- Mobilitätswende verwirklichen: Den Mobilitätssektor konsequent auf die Nutzung Erneuerbarer Energien ausrichten und Neufahrzeuge ab 2030 nur noch CO₂-frei oder CO₂-neutral zulassen.